

Deutschland ein Fortschritt, als wir nunmehr mit ausreichender Genauigkeit berechnen können, wie groß unsere Reparationsverschuldung ist, was bisher nicht möglich war. Auch die Beseitigung des Wohlstandsindex des Dawesplans, der eine Erhöhung der Daweszahlungen weit über 2500 Millionen Mark hinaus zuließ, wenn die Steueraufbringungskapazität des deutschen Volkes durch die Steuerbewilligungsfreudigkeit des Reichstags weiter gesteigert worden wäre, ist zweifellos für Land und Volk ein großer Gewinn. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß unser Parlamentarismus die Situation, die der Youngplan geschaffen hat, auch richtig begreift. Man darf sich jetzt nicht mehr einbilden, man könne dem In- oder Ausland die Tatsache verheimlichen, daß Deutschland bis zur äußersten Grenze des Erträglichen bereits verschuldet ist. Das Finanzkapital weiß ganz genau, wie die Dinge in Deutschland liegen. Das Fiasko der neuen Reichsanleihe, die trotz Steuerfreiheit und den Propagandamitteln, die sonst für Staatsanleihen nicht üblich sind, bis jetzt nur 180 (statt 500) Millionen Mark eingebracht hat, ist ein Warnungszeichen. Ein Staat, der 53 000 Millionen Goldmark Schulden hat, muß aufhören zu borgen. Er muß lernen mit seinen Einnahmen auszukommen. Im Jahr 1927 hat der deutsche Parlamentarismus den Beamten und Abgeordneten durch die Besoldungsordnung nach den Erklärungen der Reichsregierung gegenüber dem Protest des Reparationsagenten 1200 Millionen Mark Lohnzulage bewilligt, für die bisher in Reich, Ländern und Gemeinden aus Einsparungen keine Deckung gefunden werden konnte. Andererseits ist die Steueraufbringungskraft des deutschen Volkes restlos ausgeschöpft. Diese ungedeckte Mehrausgabe für die Beamten und Abgeordneten hat in 2 Jahren zu einem Kassendefizit von über 1,5 Milliarden geführt. Es ist nicht möglich sie länger aufrechtzuerhalten. Die Verminderung der Reparationszahlungen im 1. Jahrzehnt des Youngplans reicht kaum aus, um die Gehaltserhöhungen von 1927 für die unteren Besoldungsgruppen aufrechtzuerhalten. Eine Änderung der neuen Besoldungsordnung im Sinn eines Abbaus ist jetzt das einzig wirksame Rettungsmittel für Deutschland. Sie ist unbedingt notwendig, um nach der Annahme des Youngplans, der neue Anleihen ausschließt, Deutschland wieder auf die Bahn einer geordneten Finanzwirtschaft zurückzuführen und die Zerstörung der deutschen Industrie zu verhindern.

BALTHASAR WEINGARTZ · ZUR PSYCHOLOGIE DER ENGLISCHEN WAHLEN



IST es angesichts des epochalen Siegs der Labour Party ohne Interesse daran zu erinnern, daß die Sozialistische Internationale noch 1907 auf dem Sozialistenkongreß in Stuttgart darüber stritt, ob diese Partei eine bona fide sozialistische Arbeiterpartei sei? Angeblich war nämlich die Labour Party im Sinn des Regulativs des Kongresses über die Zulassung keine sozialistische Partei. Und in der Tat hatte sich das Bureau unter dem Einfluß bestimmter "marxistischer" Kreise gegen die Zulassung entschieden. Namens der kleinen und einflußlosen Social Democratic Federation betonte Harry Quelch auf dem Kongreß: man könne nicht in Stuttgart einem Sozialistenkongreß beiwohnen und in England in Wahlmanifesten sagen, daß es keinen Klassenkampf gibt. Und doch, Welch ein Fortschritt seit dem Pariser Kongreß von 1900, wo außer den kleinen sozialistischen Vereinen und einigen Gewerkschaften die Spitzenorga-

nisationen der Gewerkschaften nicht vertreten waren, und die Labour Party gar keinen Antrag auf Zulassung gestellt hat! Sie war in jenen Tagen noch keine Partei im Sinn des Worts. Als Partei kann sie erst seit 1906 gelten. Ein Vergleich der englischen Maiwahlen 1929 mit den deutschen Maiwahlen 1928 ist im jetzigen Augenblick nützlich, da sich daraus für uns Deutsche vielleicht gute Lehren ergeben. Für deutsche Ohren klang es äußerst sonderbar, als noch gegen Ende des deutschen Wahlkampfes englische Korrespondenten in ihren Blättern darüber grübelten, was denn eigentlich die Parole des Wahlkampfes sei. Die englische Presse war sich darin einig, daß dem deutschen Kampf irgendein greifbares Ziel fehle, woraus sich die Apathie der Wählermassen erkläre. Allerdings sprach man auch im englischen Wahlkampf von einer Apathie. Aber niemandem fiel es ein sie auf das Fehlen einer Parole zurückzuführen. Im Gegenteil, es war das Kennzeichen des englischen Kampfs, daß hier die Parteien mit klar umrissenen Programmen auf dem Feld erschienen. Das Merkwürdigste war aber, daß alle Parteien schließlich auf das selbe Problem kamen: auf das der Arbeitslosigkeit. Die soziale Frage stand von allem Anfang an im Mittelpunkt des Kampfs.



HNE klar begrenzte Parole ist in England ein Wahlkampf fast undenkbar. Auch bei früheren Kämpfen konzentrierte man sich auf bestimmte Gedanken. Doch vielleicht war dies noch nie so der Fall wie in den Wahlen dieses Jahres. Über den Einfluß dieser geistigen Haltung schrieb Harold James Laski, Mitglied der Labour Party, im New Leader vom 31. Mai 1929:

»Die Ruhe der Wählerschaft ist nicht gleichbedeutend mit Apathie. In den Versammlungen verlangte man, wie nie zuvor, Aufklärung anstatt Deklamation, Tatsachen anstatt bloßer Behauptungen. Ich wiederhole meine Überzeugung: 2 Punkte waren es, die Interesse erweckten: die internationale Politik und die Arbeitslosigkeit.«

Diese beiden Punkte bildeten den Kern des Programms nicht nur der Labour Party sondern auch besonders der Liberalen Partei. David Lloyd George unterbreitete einen bis ins kleinste ausgearbeiteten Plan zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Seine Wahlbroschüre erschien unter dem Titel Können wir die Erwerbslosigkeit beseitigen? Der bekannte liberale Volkswirtschaftler John Maynard Keynes schrieb ein Pamphlet unter dem Titel Kann Lloyd George es schaffen? Er beantwortete die Frage mit Ja. Lord Rothermere schrieb in seiner Daily Mail am 29. Mai 1929 in einem Artikel Laßt die Sozialisten heraus!, der wohlbekannte Volkswirtschaftler Keynes hätte seinen guten Ruf für den Plan Lloyd Georges in die Wagschale geworfen. Mit Lloyd George hat es aber einen Haken. Und darum geht es der Liberalen Partei schlecht. Die erwartete Erneuerung ihrer Macht blieb aus. Das ist um so eigenartiger, als diese Partei die bedeutendsten Politiker aufweist. Lord Rothermere hat nicht unrecht, wenn er in dem erwähnten Artikel, in dem er sich für eine »antisozialistische Koalition« zwischen Liberalen und Konservativen einsetzt, sagt: »Der Unterschied, der beide Parteien vom Sozialismus trennt, ist groß. Eine Fusion würde einer so geeinten Partei Männer von ausgezeichnetem Ruf und Charaktereigenschaften zur Verfügung stellen, wie Lloyd George, Lord Henry Grey, Lord Robert Reading, Lord Buckmaster, Sir Herbert Samuel, Sir John Simon . . . Der große persönliche Einfluß des liberalen Führers würde einer antisozialistischen Koalition eine besondere Bedeutung geben.«

Lord Rothermere lebt noch in der Atmosphäre von 1921, jenes Jahres, da Lloyd George sich ernsthaft mit der Gründung einer antisozialistischen Partei beschäftigte. Er hat die Zeichen der Zeit mißverstanden. Der Zusammen-

bruch der Liberalen Partei ist so groß, daß von einer liberal-konservativen Koalition zurzeit keine Rede sein kann; beide Parteien zusammen haben keine tragfähige Mehrheit im neuen Parlament. Zahlenmäßig wäre eine Koalition zwischen der Labour Party und der Liberalen Partei möglich; sie ist aber nicht spruchreif. Wie 1924 bildet die Labour Party also auch jetzt wieder eine Minderheitsregierung. Über den drohenden Zusammenbruch der Liberalen Partei schrieb Laski am Vorabend der Wahl:

»Von einer liberalen Erneuerung merkte ich im Wahlkampf nichts. Häufig sprach man wohl von den ausgezeichneten Qualitäten dieses oder jenes liberalen Kandidaten, aber das Lob endete stets mit dem Bedauern darüber, daß der Kandidat ein Anhänger Lloyd Georges sei. Das allgemeine Mißtrauen gegen den liberalen Führer ist höchst bemerkenswert. Es beschränkt sich nicht auf einen besondern Gesellschaftskreis. Ich hörte davon im Schlafwagen im Norden Englands, in einem Hotel in Coventry, unter den Bergarbeitern Durhams. Das jetzige liberale Versprechen ähnelte der rücksichtslosen Bauernfängerei von 1918, obwohl das Programm [zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit] sehr gut und einleuchtend, und, wie zugegeben werden muß, der Plan wundervoll aufgebaut war. Aber trotz der Unterstützung, die der Plan durch die meisterhafte Verteidigung seitens Keynes' fand, stand die Wählermasse unter dem Eindruck der unehrlichen Seitensprünge, die die liberal-konservative Koalition unter der Leitung Lloyd Georges [1918 bis 1923] gemacht hatte. Der englische Wähler hat manchen Fehler, aber ich würde seinen Charakter verkennen, sollte ich darin irren, daß er sich lieber mit Stanley Baldwins Politik des Nichtstuns zufrieden gibt als mit Lloyd Georges zweifelhafter Aktivität.«

Die Rolle Lloyd Georges ist: von einem Extrem ins andere zu springen. Einst war er der große Volkstribun, der in den Jahren 1906 bis 1914 den Neoliberalismus mit seinem großzügigen sozialen Programm schuf. Die ganze Gesetzgebung jener Zeit trägt den Stempel Lloyd Georges. Im Krieg wurde er dann mehr und mehr einer der rabiatesten Kriegshetzer, dann der Urheber des Vertrags von Versailles. Innenpolitisch vernichtete er die von ihm selbst geschaffene Liberale Partei. Das Werk wurde im November 1918 durch die berüchtigte "Kuponwahl" gekrönt, in der nur jene Kandidaten Aussicht auf Erfolg hatten, die sich Lloyd George gefügig zeigten, seinen wilden Siegestaumel mitmachten. Im Jahr 1921 versuchte dann Lloyd George eine Art Zentrum zu schaffen, eine Antisozialistische Partei ins Leben zu rufen. Diese Aktion wurde mit einer Rede eingeleitet, in der Lloyd George sagte:

»Der Sozialismus will alles vernichten, was die Propheten und Führer der beiden großen Parteien in jahrzehntelangen Bemühungen aufbauten . . . Die parlamentarischen Institutionen sind ebenso gefährdet wie die Grundlagen der Privatwirtschaft.« Die ultrakonservative Morning Post erinnerte jetzt am 15. Mai in einem Leitartikel an diese Worte und fügte hinzu:

»Diese und ähnliche Reden wurden bei dem Versuch gehalten aus den Anhängern beider Parteien, der Konservativen und der Liberalen, eine Partei der Mitte zu bilden.« Wie wirkliche Liberale im Krieg und auch nach dem Krieg über Lloyd George dachten, dafür seien die Worte wiedergegeben, die Arthur George Gardiner, ehemals Leiter der liberalen Daily News, im November 1920 schrieb:

»Wir haben eine große Aufgabe zu erfüllen: sie besteht darin, daß das brutale Regime beseitigt werde, das alles, was die Liberalen in der Vergangenheit als heilig betrachteten, beschmutzt und in den Kot zieht . . . Kein Liberaler darf von sich sagen lassen, er habe durch Wort oder Schrift irgendetwas zur Erhaltung der Macht Lloyd Georges getan, die so viel Unheil über die Welt brachte.«

Später versuchte die einstige Seele des Neoliberalismus ihre Vergangenheit wiederaufleben zu lassen. Es nützte nichts. In diesem Wahlkampf konnte sich die Liberale Partei nicht mehr erholen. Ihre Fraktion ist so schwach, daß eine Koalition mit der Arbeiterpartei jetzt außer Betracht bleibt.

MAN fügt sich in England stets getreulich dem Verdikt, das in den Wahlen ausgesprochen wird. Es ist die Stimme des Volks, die in der Wahl die Entscheidung trifft, und es wird nun einfach danach verfahren. So schrieben diesmal die Times am 3. Juni in einem Leitartikel, betitelt Der nächste Schritt:

»Das Land hat sich für eine Arbeiterregierung entschieden; daran kann nicht geäußert werden. Ob die Arbeiterregierung nun noch in dieser Woche oder erst in einem Monat kommt, das ist weniger wichtig.«

So ungerecht das englische Wahlrecht auch sein mag, es gibt die Möglichkeit einer klaren Entscheidung. Die unangenehmen Begleiterscheinungen einer deutschen Regierungsbildung kennt man in England nicht, und das ist kein Unglück. Aber wir Deutsche sind nichtsdestoweniger stolz darauf das "demokratischste Wahlrecht der Welt" zu besitzen.

Nicht mit Unrecht machen allerdings die Liberalen für ihren Mißerfolg das bestehende Wahlgesetz verantwortlich, das ganz und gar auf dem Zweiparteiensystem beruht. Sie verlangen entweder die Einführung von Stichwahlen oder eine Form des Verhältniswahlrechts. Dieses Proportionalwahlrecht hat aber James Ramsay MacDonald stets scharf bekämpft. Kurz nach der Wahl bekundete er erneut seine Gegnerschaft, indem er sagte, das Proportionalwahlgesetz verhindere die sozialistischen Parteien des Kontinents zur wirklichen Macht zu gelangen. Wird die Partei aber eine Wahlreform aufhalten können? Henry Noel Brailsford schreibt im New Leader vom 7. Juni 1929: »Zunächst ist es klar, daß wir uns für eine Wahlreform zu entscheiden haben werden. In der Tat würde es mich wundern, wenn die Liberalen diese Frage nicht schon durch einen Zusatzantrag zur Thronrede zur Debatte stellten. Nun kenne ich das Temperament unserer Partei. Der eingefleischte Parteimensch hofft durch Verweigerung elementarer Grundsätze der Gerechtigkeit die Liberalen zwischen 2 Steinen, der Konservativen Partei und der Labour Party, zu zerreiben, sie zu zwingen entweder in der einen oder der andern Partei aufzugehen. Dieser Weg führt nicht zum gewünschten Ziel, er hat obendrein den Nachteil, daß unsere eigene Aktion gelähmt wird. Außerdem ist eine solche Stellungnahme nicht nur undemokratisch sondern auch unmoralisch. 5 Millionen Wähler verlangen nach einer adäquaten liberalen Vertretung. Mit welchem Recht wollen wir diese Wähler einfach politisch entrechteten? Das tun wir aber, wenn wir an einem Wahlrecht festhalten, das nur bei 2 Parteien haltbar ist. Wir können also eine Wahlreform kaum verhindern.«

Die Arbeiterpartei befindet sich in der gleichen Lage wie im Jahr 1924: Um regieren zu können, bedarf sie der Unterstützung der Liberalen oder der Konservativen. Philip Snowden, der früher eine Koalition für wünschenswert hielt¹, meint jetzt, die Regierung könne ohne förmliche Koalition wenigstens 2 Jahre regieren, ohne befürchten zu müssen gestürzt zu werden. Jedoch bedarf es auch hierfür eines vorsichtigen Tastens, um sich entgegenstellenden Schwierigkeiten auszuweichen. Brailsford sagte in dem erwähnten Artikel: »Die sich darbietenden Probleme haben einen Hintergrund. Auch die Liberalen haben ihre entschuldbaren Eigenarten. Sind wir für den Fall, daß von unserer Seite eine Fühlungnahme, ganz gleich welcher Art, abgelehnt wird, bereit die Liberalen entgegenkommend zu behandeln, ihnen die Möglichkeit zu geben sich dem Staatswohl zu widmen? Ohne ein solches Entgegenkommen ist für uns eine ruhige Entwicklung nicht möglich, auch würden wir keine verdienen. So sonderbar es klingen mag: Die Liberalen wehren sich dagegen als Nichtgentlemen angesehen zu werden. Es ist auch politisch unklug von vornherein den Liberalen mit Mißtrauen zu begegnen. Das beste wäre es mit ruhigem Gemüt vorzugehen. Die Form der Fühlungnahme, die ich persönlich für wünschenswert halte, ist die: mit hervorragenden Politikern, die außerhalb unserer Partei stehen, in Verbindung zu treten. Beispiels-

1) Siehe darüber Weingartz Der sozialpolitische Standort der englischen Arbeiterklasse, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 854.

weise könnten viele Irrtümer vermieden werden, wenn wir in Währungs- sowie in Kreditfragen den Ratschlägen Keynes' folgten. Von Edward Donald Simon könnten wir gute Winke über den Wohnungsbau erhalten. Wäre es unsrerseits nicht auch gut uns mit Sir Herbert Samuel ins Einvernehmen zu setzen, ehe wir die ersten Schritte in der Behandlung der Kohlenfrage tun? Neben den Liberalen muß aber Lord Robert Cecil genannt werden, der in allen Fragen der konstruktiven Friedenspolitik eine Autorität ist . . . Es läge in unserm Interesse die Talente auch außerhalb der eigenen Reihen zu berücksichtigen.«

Also ein Vorschlag, wie auch ohne direkte Koalition gute Arbeit verrichtet werden kann. Es wäre im Interesse der Labour Party zu wünschen, daß die Fehler von 1924 möglichst vermieden würden. Viel wird auch davon abhängen, welche Rolle die Radikalen der Independent Labour Party in der Partei spielen wollen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der Behandlung der Kohlenfrage die ersten großen Schwierigkeiten entstehen werden. Während der Bericht des berühmten Kohlenausschusses unter der Führung Sir Herbert Samuels, der während des Streikjahrs 1926 eine so bedeutende Rolle spielte, sich gegen die Nationalisierung des Bergbaus aussprach, gab die Arbeiterpartei dem Bergarbeiterverband kurz vor der Wahl das Versprechen die Nationalisierung in die Wege zu leiten. Natürlich würde es den Bergarbeitern schon sehr nützen, gelänge es zunächst einmal die Vorschläge des Kohlenausschusses zu verwirklichen, wofür ja auch Brailsford eintritt.

Bemerkenswert ist, mit welcher Schnelligkeit man zur Schaffung des wirtschaftlichen Generalstabs schritt. An seiner Spitze steht der populäre John Harry Thomas. In Gemeinschaft mit George Lansbury, dem Pionier des englischen Sozialismus, wird er an die Behandlung der Arbeitslosenfrage herangehen. Mit der Berufung Lansburys zeigte MacDonal eine glückliche Hand. Sicher hätte sich 1924 manche Schwierigkeit gelöst, wäre Lansbury damals bei der Bildung des Kabinetts nicht übergangen worden. Einem Mitarbeiter der Daily News erklärte er, in der Frage der Arbeitsbeschaffung könne es nach dem Wahlkampf, in dem das Problem der Arbeitslosigkeit das Hauptagitationsfeld war, keine Parteikämpfe geben. Man sieht die Einhelligkeit der britischen Politik, wenn es die nationale Wirtschaft gilt. Daraus könnten deutsche Politiker aller Variationen etwas lernen.



INIGE Worte noch über die englische Wahlkreiseinteilung. Sollte eine Wahlreform kommen, so wird man unter allen Umständen an der jetzigen Art der Wahlkreise festhalten. Das deutsche System der Vielmännerwahlkreise ist in England undenkbar. Einmal beruht das Parteiensystem auf dem Parteiführer, der auch im Wahlkampf die Hauptrolle zu übernehmen hat. Es ist nun einmal so; Der größte Teil des Erfolgs der Labour Party ist dem persönlichen Einfluß MacDonalds zuzuschreiben. Er ist nicht nur der Schöpfer der Partei, so wie sie heute ist, er ist auch in jeder Hinsicht ihr Theoretiker und Organisator. Er war die Seele des Wahlkampfes. In der Zeit des Radios und des Bildplakats, wo man den Redner in 10 bis 15 Versammlungen zu gleicher Zeit hören kann, wie das besonders bei Lloyd George der Fall war, hat die Versammlung nicht mehr die Zugkraft von einstmals. Und doch war von einer so großen Ebbe in der Zahl der Versammlungsbesucher wie beim letzten deutschen Wahlkampf in England nichts zu spüren. Das liegt eben daran, daß die Führer der 3 Parteien im Mittelpunkt des Kampfs stehen. Jeder Wähler muß sich für einen der 3 Führer entscheiden. Er kennt nicht nur das Programm der Partei, der er seine Stimme gibt, er kennt vor allem das

